

Änderungsantrag

der Abgeordneten Antje Hermenau, Winfried Nachtwei, Angelika Beer, Dr. Uschi Eid, Wolfgang Schmitt (Langenfeld), Dr. Angelika Köster-Loßack, Christa Nickels und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1998
– Drucksachen 13/8200 Anlage, 13/8883, 13/9019, 13/9025, 13/9026, 13/9027 –

hier: Einzelplan 23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 23 02 – Allgemeine Bewilligungen – wird ein neuer Titel „Förderung von Maßnahmen zur Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung“ mit einem Ansatz von 10 000 TDM für 1998 und einer Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 1999 in Höhe von 10 000 TDM eingestellt

Bonn, den 24. November 1997

Antje Hermenau
Winfried Nachtwei
Angelika Beer
Dr. Uschi Eid
Wolfgang Schmitt (Langenfeld)
Dr. Angelika Köster-Loßack
Christa Nickels
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

Der neue Titel dient der Förderung von Maßnahmen zur Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung. Der Titelsatz in Höhe von 10 000 TDM ist für die Unterstützung der Arbeit des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) im ehemaligen Jugoslawien.

Beim ZFD handelt es sich um eine Initiative aus den Reihen der Kirchen bzw. Nichtregierungsorganisationen, die auch bei Abgeordneten aller Fraktionen auf Zustimmung gestoßen ist. Ziel ist es in Konfliktregionen gewaltförmige Konfliktaustragung zu verhindern bzw. den Friedens- und Versöhnungsprozeß zwischen den Konfliktparteien zu fördern. Im Rahmen des ZFD sollen zivile Fachkräfte ausgebildet und eingesetzt werden. Mit Unterstützung der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und erfahrenen Trägern der Entwicklungszusammenarbeit laufen derzeit erste Ausbildungs- und Einsatzprogramme für Ex-Jugoslawien. Eine zusätzliche Förderung von Maßnahmen und Ansätzen zur Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung im ehemaligen Jugoslawien ist angesichts der anhaltenden Auseinandersetzungen zwischen den Konfliktparteien unerlässlich.